

## Beschlussvorlage

zur Behandlung in **öffentlicher Sitzung**

### Betreff

**Vergabe der Mittel für Antirassismus-Training im Jahr 2017  
hier: Verteilung Restmittel 2017 - Filmpräsentation von Ulf Aminde (Veranstaltung zum  
Denkmal zur Erinnerung an die Anschläge des NSU in Köln)**

### Beschlussorgan

Rat

Gremium	Datum
Integrationsrat	05.10.2017
Ausschuss Soziales und Senioren	09.11.2017
Finanzausschuss	13.11.2017
Rat	14.11.2017

### Beschluss:

Der Rat beschließt,

einen Betrag in Höhe von 4.200 € an Ulf Aminde für die Durchführung einer Filmpräsentation unter dem Arbeitstitel „Eine Nacht voller Filme. Wir bauen das Denkmal zur Erinnerung an die Anschläge durch das terroristische, rassistische NSU Netzwerk in der Keupstraße und Probsteigasse. Kein Vergessen !!!“

zu vergeben.

Es handelt sich dabei um einen Teilbetrag aus den verbliebenen Mitteln für 2017 im Teilergebnisplan 0504, Freiwillige Sozialleistungen und Diversity, „Antirassismustraining“ unter Zeile 15, Transferleistungen.

**Haushaltsmäßige Auswirkungen** **Nein**

<input type="checkbox"/> <b>Ja, investiv</b>	Investitionsauszahlungen	_____€	
	Zuwendungen/Zuschüsse	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja	_____ %
<input type="checkbox"/> <b>Ja, ergebniswirksam</b>	Aufwendungen für die Maßnahme	<u>4.200,00</u> €	
	Zuwendungen/Zuschüsse	<input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja	_____ %

**Jährliche Folgeaufwendungen (ergebniswirksam): ab Haushaltsjahr:**

a) Personalaufwendungen	_____€
b) Sachaufwendungen etc.	_____€
c) bilanzielle Abschreibungen	_____€

**Jährliche Folgeerträge (ergebniswirksam): ab Haushaltsjahr:**

a) Erträge	_____€
b) Erträge aus der Auflösung Sonderposten	_____€

**Einsparungen: ab Haushaltsjahr:**

a) Personalaufwendungen	_____€
b) Sachaufwendungen etc.	_____€

Beginn, Dauer

\_\_\_\_\_

**Begründung**

Seit 2007 fördert die Stadt Köln Maßnahmen aus den Mitteln für Antirassismus-Training. Sowohl die zunehmende Sensibilität unterschiedlicher gesellschaftlicher Akteure gegenüber den unterschiedlichen Erscheinungsformen von Rassismus und Diskriminierung als auch die positive Bewertung der bereits erreichten Ergebnisse führen dazu, dass Maßnahmenträger weitere Präventionsmaßnahmen in Form von Fortsetzungs- und Aufbauprojekten planen und in ihrem Vorgehen inhaltliche und methodische Vielfalt sowie innovative Elemente anwenden. Die öffentliche Debatte um den verstärkten Zuzug von Geflüchteten nach Deutschland und auch nach Köln in den letzten Monaten zeigt, dass der Bedarf nach solchen Maßnahmen nach wie vor hoch ist.

Der Haushaltsplan 2016/2017 sieht 10.000 € pro Jahr originär für Antirassismus-Projekte vor. Darüber hinaus hat der Rat am 10.09.2015 im Rahmen der Verteilung der Mittel aus dem erstmals veranschlagten „Integrationsbudget“ eine „Rücknahme der Kürzung von Mitteln für Antirassismus-Training“ beschlossen. Im Haushaltsplan 2016/2017 ist im Rahmen des Integrationsbudgets die Aufstockung der Antirassismugelder um 40.000 €/Jahr weiterhin vorgesehen (vgl. Ratsbeschluss vom 20.12.2016 zu Vorlage 3686/2016), so dass insgesamt 50.000 €/Jahr zur Verfügung stehen. Davon wurden per Ratsbeschlüsse vom 04.04.2017, vom 18.05.2017, vom 11.07.2017 sowie vom 28.09.2017 insgesamt 35.725 € bereits vergeben. Demnach stehen für 2017 noch 14.275 € zur Verfügung.

Das zur Förderung vorgeschlagene Projekt soll ein Bestandteil einer Veranstaltung des Integrationsrates anlässlich der Urteilsverkündung im NSU-Prozess werden. Die Veranstaltung, die derzeit noch konzipiert wird, ist für November/Dezember 2017 angedacht.

Unter anderem ist eine Podiumsdiskussion mit Vertreterinnen und Vertretern der Auswahljury zum Denkmal zur Erinnerung an die Anschläge des NSU in Köln vorgesehen.

Im Rahmen der Veranstaltung wird unter anderem der multimediale Denkmalentwurf von Ulf Aminde vorgestellt werden, der in einem vom Rat beschlossenen, unter der Federführung des NS-Dokumentationszentrums Köln durchgeführten künstlerischen Wettbewerb von einer Jury einstimmig

ausgewählt wurde. So soll die positive Erinnerung an das Vorhaben der Denkmalerrichtung und den partizipativen Prozess der Auswahl des Denkmalentwurfs in der Öffentlichkeit hergestellt und bis zur späteren Umsetzung im Rahmen des Großbauprojektes „Bebauung des ehemaligen Güterbahnhofgeländes“ wach gehalten werden. Nicht zuletzt soll auch die Zeit bis zur Installation des Denkmals für eine Erinnerung an Ursachen, Umstände und Auswirkungen der NSU-Anschläge genutzt werden. Dazu soll eine kuratierte Auswahl von Kurzfilmen zu den Themen Antirassismus, Migration und Integration unter dem Arbeitstitel „Eine Nacht voller Filme. Wir bauen das Denkmal in zur Erinnerung an die Anschläge durch das terroristische, rassistische NSU Netzwerk in der Keupstraße und Probsteigasse. Kein Vergessen !!!“ präsentiert werden. Ein dafür geeigneter Ort, ggf. ein Open-Air-Kino, beziehungsweise geeignete Räumlichkeiten werden im Rahmen der Veranstaltung des Integrationsrates gesucht..

Insbesondere Ziele wie

- gemeinsame Erinnerung von Kölner/-innen und den Opfern an die rassistisch motivierten Anschläge in der Probsteigasse und Keupstraße,
- Verdeutlichung, dass Opfer rassistischer Gewalt nicht vergessen werden,
- Aufzeigen, welche politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen zu den rassistisch motivierten Anschlägen führten und dass Politik und Stadtgesellschaft ständig wachsam sein und gemeinsam geeignete Maßnahmen gegen Diskriminierung und Rassismus ergreifen müssen,
- Erzeugung einer Anbindung an die gesellschaftliche Wahrnehmung und Debatte um das bevorstehende Prozessende in München (Nutzung beziehungsweise Intensivierung der damit verbundenen öffentlichen Aufmerksamkeit)

sollen mit der Maßnahme erreicht werden.

Als Zielgruppe sind angedacht

- die Opfer des Nagelbombenanschlags, Mitglieder der IG Keupstraße und Bewohner/-innen der Keupstraße,
- Persönlichkeiten aus Politik und Verwaltung sowie Investoren auf dem Gelände des geplanten Denkmals,
- Schüler/-innen und Studierende der Kunsthochschule für Medien Köln, die sich als künftige Mitwirkende an Inhalten gegen Rassismus und Diskriminierung in einer kreativen Form engagieren wollen, sowie die damit verbundenen lehrenden Personen.

Zentrale Inhalte des Vorhabens sind

- Vorführung von antirassistischen Filmen,
- Herstellung eines Bezugs zu den Anschlägen in Köln,
- Kurzvorstellung des geplanten Denkmals

Der Antragsteller Ulf Aminde ist ein Berliner Künstler, Filmemacher und Professor an der Weissensee Academy of Art, Berlin. Dort leitet er unter anderem die \*foundationClass, eine Hochschulmassnahme für Geflüchtete Künstler\*innen, die ein Studium weiter führen möchten. Das Kurzfilmprogramm wird in Kooperation mit Cana Bilir-Meier, Künstlerin, Kuratorin und Jurymitglied des DokFilm Kassel zusammengestellt.

Die Förderung erfolgt mit der Auflage, dass in einem kurzen Erfahrungsbericht erzielte und (längerfristig) erwartete Wirkungen dargestellt werden.

Die vorgesehene Beratungsfolge ergibt sich aus dem **§ 22 Integrationsrat (§§ 27 i.V.m. 126 GO) Absatz 7 der Hauptsatzung der Stadt Köln** in der vom Rat der Stadt Köln am 15.03.2016 beschlossenen Fassung:

„(7) Der Integrationsrat wirkt an den Beratungen über die Haushaltssatzung mit. Er berät über alle Haushaltsansätze, die seine Aufgaben betreffen und kann dazu Vorschläge und Anregungen machen.

Darüber hinaus weist der Rat dem Integrationsrat Mittel zu, die dieser nach der Maßgabe einer vom Rat zu beschließenden Richtlinie zur Förderung der Integrationsarbeit in Köln selbstständig vergeben kann.

Dabei handelt es sich insbesondere um

- Zuschüsse für die Arbeit von Vereinen, Zentren und Initiativen, die in der Migrations-, Integrations- und **Antidiskriminierungsarbeit** tätig sind,
- Verwendung von EU-, Bundes- oder Landesmitteln zur Förderung der Integration und des friedlichen, gleichberechtigten Zusammenlebens.

Die Beschlüsse des Integrationsrates über die Verwendung von Haushaltsmitteln gibt die Verwaltung den entsprechenden Fachausschüssen und dem Finanzausschuss unverzüglich zur Kenntnis. **Der Rat entscheidet abschließend.**“

#### Zur Dringlichkeit:

Die Dringlichkeit ergibt sich aus der vorgesehenen kurzfristigen Terminierung der Maßnahme. Beschlussfassung, Bewilligung und Auszahlung der Zuschüsse rechtzeitig vor Beginn der Maßnahme soll dem auf die Deckung der Kosten aus dem städtischen Zuschuss dringend angewiesenen Antragsteller und den übrigen Beteiligten die Planungssicherheit für den erforderlichen Vorlauf zur Maßnahmenvorbereitung geben.